

DANZIGER WIRTSCHAFTS-ZEITUNG

Mit den Beigaben:
Mitteilungen der Amtsstelle der Industrie-, Handels- und Gewerbekammer. Polnische Wirtschaftsgesetze in deutscher Übertragung. Danziger Juristen-Zeitung

Herausgeber: Dr. Br. Heinemann :: Schriftleiter: Dr. Chrzan

14. Jahrgang **Nr. 25** 22. Juni 1934

Die DWZ erscheint wöchentlich am Freitag und kostet im In- und Ausland durch die Post bezogen pro Monat 3.—Dg., unter Kreuzband nach Polen 11,— Dg. und dem Ausland 12,— Dg. pro Quartal. — Einzelnummer 1,— Dg. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, der mit Verfasser gezeichneten Artikel nur mit Genehmigung des Herausgebers.

für den redaktionellen Teil: Dr. Chrzan; für Inserate und Geschäftliche Mitteilungen: Bruno Gülsdorff Jopengasse 65, II

Ein Jahr nationalsozialistische Regierung.

Vor geladenem Kreise hat der Präsident des Senats Dr. Rauschning in einer Rede am 20. Juni 1934 folgenden Bericht gegeben:

Ein Jahr ist im Leben eines Volkes ein kaum zu bewertender Zeitabschnitt. Ein Jahr kann aber in der Geschichte einer Nation von entscheidender Bedeutung sein, wenn in ihm eine Wendung sich vollzog, die seine Zukunft dauernd bestimmen muß. Ein Jahr einer parteipolitischen Regierung zu betrachten, wäre eine Vermessenheit.

Ein Jahr neuer Form- und Sinngebung im deutschen Volke und mit ihm in Danzig durch den Nationalsozialismus ist, wie wir zuversichtlich hoffen, der entscheidende Ruck, der bis in die fernste Zukunft unserem Leben die bestimmende Richtung gab.

Wenn wir daher den heutigen Tag einjähriger Wiederkehr nationalsozialistischer Regierung in Danzig festlich begehen, so gilt es nicht, die einzelnen Gesetzesmaßnahmen aufzuzählen, um von Ihnen Anerkennung unseres Fleißes zu fordern. Wir fühlen uns nur als die Werkzeuge der Kraft, die hinter uns steht.

Ein Volk wird nicht durch Gesetze und Verordnungen stark. Es gilt die Frage: wie stark diese Kraft war. Es gilt das Wesentliche und Bestimmende unserer Arbeit zu suchen, uns selbst zu bestätigen den Geist, der uns lebendig macht und trägt, und den man zu leicht in der Kleinarbeit mit seinen notwendigen Enttäuschungen, seinen Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen verliert und vergißt.

Mögen Sie die Einzelheiten unserer Arbeit der Ihnen vorliegenden Broschüre entnehmen — ich glaube: nie ist im Danziger Senat so gearbeitet worden. Sinn unserer Feier aber ist, uns in unserem Geist, in unserer Weltanschauung wiederzufinden und zu kräftigen, die Richtung zu prüfen, um den Marsch wieder kraftvoll neu aufzunehmen. Und dies ist um so notwendiger, als wir leicht undankbar und vergeßlich werden, als wir in den Niederungen unserer täglichen Mühe nicht immer dessen inne bleiben, was an Ungeheurem, Schicksalwendendem, nächst der Gnade Gottes, durch die gesegnete Hand unseres Führers im deutschen Volke gestaltet worden ist und auch hier in Danzig Wirklichkeit wurde.

Nie wird das deutsche Volk es mehr dulden, daß die gewaltige Leistung der hinter uns liegenden schweren, aber herrlichen Tage, die Ueberwindung seines bisherigen Schicksals wieder vernichtet wird. Als solch Schicksal schien für alle Zeit die historisch gewordene Zerrissenheit unseres Volkes und seine Zerklüftung in Konfessionen, und Stämme, Klassen und Stände, all jenes Chaotische im Deutschen, das es ihm in einer schmerzensreichen Geschichte versagte, es selbst in höchster Gestalt und Form, wie die großen Völker der Vergangenheit und manche der Gegenwart, zu sein. Hier unser Schicksal bezwungen zu haben, hier aus Verzweiflung und Not, in tötlichem Ringen endlich den Engel des Herrn zum Segen gezwungen zu haben —, das ist das Größte der hinter uns liegenden Zeit, aber eine herrliche Frucht unserer Mühe, die immer aufs neue errungen werden muß, weil sie nicht dauernder Besitz sein kann, sondern immer nur Ziel und Aufgabe bleibt.

Und auch für uns in Danzig ist es das Höchste gewesen, an unserem Teil und in den uns gewiesenen Schranken das zu gestalten, was unser Mutterland zu dem neuen großen Anlauf in seiner Geschichte befähigt. Vielleicht haben wir hier sogar eine eigene besondere Aufgabe gehabt und haben sie noch, die unsere besondere Ehre ist aber auch unsere besonderen Anstrengungen verlangt.

Im Deutschen Reiche ist die Volksgemeinschaft durch eine Reihe von Gesetzen, wie das über die Reichsstatthalter, über die Einheit von Partei und Staat, gesetzlich sicher fundiert und für die Ueberwindung bestehender stammlicher Gegensätze ist der Rahmen geschaffen worden. Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und andere Gesetze haben den Klassenkampf beendet und damit dem sozialen Gefüge des deutschen Volkes ein festes Rückgrat eingezogen.

Wir in Danzig haben bis auf eine Ausnahme diese fundamentalen Gesetze zur Neuordnung der Beziehungen des einzelnen zum Staat und zur Gemeinschaft nicht durchführen können, weil wir eine vom Völkerbundrat garantierte Verfassung zu halten verpflichtet sind. Aber gerade darum war es unsere Ehre und unser Stolz, daß wir dasselbe im Rahmen einer uns wesensfremden politischen Verfassung durch geistige Erziehung und durch weltanschauliche Schulung erreichten und lebendig erhalten haben.

Wir haben dem deutschen Gesamtvolk damit vielleicht einen Dienst in dem Nachweis leisten können, daß es nicht die äußere Gestaltung und Formgebung war, was das deutsche Volk umschuf, sondern daß dahinter schöpferisch die einheitliche Weltanschauung war und bleibt, das unabdingbar Notwendige, das durch äußere Organisation und Gesetzgebung wohl Gestalt gewinnt, niemals aber das Wesen der Sache ist.

Unvergängliches Verdienst hat hier unser Gauleiter, der unermüdlich immer wieder zusammen mit den Amtswaltern der Partei alltäglich uns aus dem beirrenden Tageskampfe, in dem wir einander in der praktischen Gestaltung gegenüberstehen und häufig auch irren müssen, zu dem uns Verbindenden und Gemeinsamen in der weltanschaulichen Erziehung leitete. Ohne diese ständige Rückkehr zur Quelle unserer Kraft hätten wir notwendig in Streit und Meinungswiderspruch uns verfangen müssen. So aber sind wir gestählt, auch ohne die Hilfsmittel äußerer Neuformung, in alten Verfassungen und Schranken aus neuem Geist zu leben und zu gestalten.

Wie wir durch unsere Wahl vor einem Jahre eine höhere Stimmenmehrheit für den Nationalsozialismus einbrachten, als bei der Märzwahl in Deutschland, so bleibt unsere schönste, aber auch schwerste Aufgabe für die Zukunft, den Rest der abseits Stehenden innerlich zu überwinden und geistig zu überzeugen.

Unser Ziel wird es bleiben, in der vor uns liegenden Spanne im Rahmen einer Verfassung, die noch heute allen Parteien Freiheit läßt, das zu erreichen, was Deutschland in der Novemberwahl so überwältigend bewiesen hat: die vorbehaltlose Einheit eines Volkes in Not, hier eines Volkssplitters auf besonders gefährdetem Posten. Diese Lage macht es aber auch dem Fernstehenden verständlich, daß wir im entscheidend Grundsätzlichen unduldsam sein müssen. Je mehr wir äußerer Stützen unserer Weltanschauung entraten müssen, desto reiner und ungebrochener müssen wir in unserem Willen sein. Je mehr wir äußere Formen einer abgeschlossenen Zeitepoche aus uns auferlegten Bedingungen respektieren sollen, desto leidenschaftlicher mußte unser geistiger Kampf gegen jede Verfälschung unserer gestaltenden Idee fortgeführt werden. Dies mag uns, die wir da und dort kompromißbereit sein mögen, vor allem aber denen gesagt sein, die den fortgesetzten Kampf gegen eine uns fremde Parteiideologie als unverständlich und unzivilisiert empfinden.

Wir haben uns zu Beginn unserer Regierung in eine Zusammenarbeit mit einer Partei eingelassen, die in einzelnen Zielen uns verwandt zu sein vorgab. Wir haben feststellen müssen, daß uns solche Gemeinschaft um die Entschlossenheit unseres Willens je länger desto tiefer bringen mußte. Diese Gemeinschaft wurde daher gelöst und unsere Aufgabe blieb und bleibt es, diese Partei in ihren zersetzenden Zielen innerlich zu überwinden.

Das Gleiche gilt aber auch für andere Parteifragmente, die eine Lebensberechtigung im nationalsozialistischen Danzig nicht mehr haben können. Wir ließen uns dabei von der Ueberzeugung leiten, daß uns dieser Kampf je eher gelingen würde, je mehr wir ihn auf dem Feld geistiger Auseinandersetzung austragen. Das bedeutete keinen Freibrief für Sabotageversuche an dem Aufbauwillen des Staates, und wir haben dafür gesorgt, wie wir in Zukunft sorgen, daß die Grenze klar und rein erhalten bleibt, wie weit die Freiheit persönlicher Ueberzeugung als unverlierbares und durch die Verfassung gewährleistetes Recht geht, und wo staat- und vaterlandzerstörende bewußte oder fahrlässige Handlung vorliegt.

Wir sind dabei auch berechtigt gewesen, jede Anzweiflung der absoluten Unberührtheit unserer Rechtspflege zurückzuweisen. Gerechtigkeit ist und bleibt das Fundament jeder sozialen Ordnung und Kultur. Wir lehnen aber eine formale Gerechtigkeit, die nicht wägt und wertet, und eine Verfassungs-Orthodoxie, die in der Interpretation der bestehenden Verträge von der Theorie der Verbalinspiration ausgehen möchte, schärfstens ab.

Die Neugestaltung des deutschen Volkes über das Werk Bismarcks hinaus bedeutete die Verbreiterung der den Staat tragenden Schicht von einer begrenzten Klasse oder Gesellschaftsschicht auf die Gesamtheit der Volksgenossen. Diese Gesamtheit kann aber nur und muß eine in sich gestufte und gegliederte Gemeinschaft sein, nicht eine Massierung mechanischer Einzelbestandteile. Diese Gliederung zu vollenden, war und bleibt unsere größte Aufgabe. Sie ist aber nicht vom Staate zu leisten. Sie kann nur von der nationalsozialistischen Bewegung aus erfolgen. Sie ist diese selbst.

So trennen sich klar und scharf die Befugnisse und Aufgabengebiete des Staates und der Bewegung. Aber es muß auch jedem endlich klar sein, daß der Anspruch der Bewegung im Staate etwas anderes ist als die parlamentarische Herrschaft einer besonders starken Mehrheitspartei. Niemand wird uns zwingen, in solche für immer überwundene Ideologie zurückzukehren. Verlieren wir aber nicht den Mut, wenn sich einer solchen gigantischen Aufgabe gegenüber die Versuche gelegentlich überschneiden oder stören und nicht sofort gelingen.

Das Wesentliche ist, wie ich zuversichtlich sage, im ersten Jahr gelungen. In berechtigtem Selbstbewußtsein dürfen wir bekennen, daß in diesem Sinne Bleibendes geleistet wurde, daß sowohl von der Seite des Staates als der Bewegung das Fundament für eine neue Ordnung gelegt wurde.

Aber ein grundsätzliches Wort zum Verständnis noch: Der Staat ist nicht ersetzbar durch eine wie immer geartete politische Organisation des Gesamtvolkes. Aber der Staat ist auch nicht, wie eine frühere Zeit verwechselte, schon die Volksgemeinschaft selbst. Beides richtet erst die Lebensellipse eines Volkes aus: der Brennpunkt der Volksgemeinschaft und der des Staates. Das hinter uns liegende Jahr hat hier manche geistige Auseinandersetzung gebracht. Es war und bleibt die Aufgabe der Bewegung, in eine Gestaltung der volkommenen Volksgemeinschaft als das tragende Gerippe aufzugeben, sie in sich aufzunehmen und durch den eigenen Geist zu formen.

Dies ist das Gesetz, nach dem unsere innerpolitische Entwicklung begonnen hat abzurollen. Es in seiner Reinheit zu erhalten, ist unsere vornehmste Pflicht.

Ihnen aber, meine Parteigenossen, möchte ich zurufen, sich stets bewußt zu sein, daß je reiner wir diesen Kampf in der uns vorgezeichneten Form als einer geistigen Ueberwindung von zersetzenden Mächten führen, je sicherer wird uns bei dem Endkampf der Sieg zufallen. Denn für die Dauer ist es nur das geistig Lebenspendende, das erhält und fortzeugt. Aber Ihnen, meine Herren Vertreter auswärtiger und befreundeter Staaten, möchte ich ans Herz legen, daß was auch immer Ihnen hier fremd erscheinen mag, es ist der notwendige Lebensweg eines Volkes, das zu seiner Selbstgestaltung den ihm vorgezeichneten Weg findet.

Man wird heute nach Jahresfrist das Bleibende trennen von dem zeitlich Vorübergehenden einer Revolutionsepoche, die notwendig Altes in sich auflösen mußte, um die Elemente zum Aufbau freizubekommen.

Das deutsche Volk bedarf einer starken Disziplinierung. Es sehnt sich nach Einordnung und Gliederung; es fühlt sich erst sicher in klaren Formen seines täglichen Lebens, und ihm ist das ans Regellose streifende Freiheitsbedürfnis anderer Völker verwirrend und fremd. Gewiß ist höchstes Glück Persönlichkeit, und wir werden die Werte einer persönlichen Ausprägung des einzelnen nie aufgeben. Sie ist die Quelle unseres geistigen Reichtums. Aber sie muß ihre Umgrenzung und Ergänzung in den Normen einer Volksgemeinschaft und einer allgemein gültigen Staatsverbundenheit finden. Wenn in einem solchen Kampfe, der um die Existenz als geistiger Individualität geht, das einem Volke Fremde heftig ausgestoßen wird und hier und dort der Kampf notwendig in Niederungen herabsteigt, die den an Ordnung und Sicherheit hängenden Bürger erschrecken, so liegt das in dem Wesen jeder revolutionären Auseinandersetzung. Es kann aber hier festgestellt werden, daß das Maß solcher Auseinandersetzungen nie ein solches war wie bei anderen Völkern, und insbesondere für uns hier kann die Anerkennung gefordert werden, daß es uns gelang, einen geistigen Kampf mit geistigen Waffen zu führen. Mag hierbei wie bei

jeder Revolution mit dem Machtwechsel auch ein Schichtwechsel derjenigen Elemente eingetreten sein, die Träger der staatlichen Macht geworden sind. Das Wesentliche ist, daß das deutsche Volk seine Gegensätze zu einer lebendigen Einheit zusammengezogen hat. Und wer diese Gegensätze, über die sich nun eine feste Decke wölbt, wieder aufreißen will, ist Hochverräter und versündigt sich am Leben des Volkes. Wir dulden es nicht, daß mit irgend noch so humanen Zielen der Kampf gegen diese, Weltgeschichte gewordene Entwicklungsstufe des deutschen Volkes fortgesetzt wird oder im Verborgenen weiter fortschwelt.

Das vorige Jahr hat nicht nur vor unserem Regierungsantritt, sondern auch noch lange nach diesem in sich die schwere Gefahr eines neuen europäischen Krieges getragen. Ich hoffe, daß das geschichtliche Urteil uns dereinst mehr noch als die Gegenwart gerecht wird, wie wir hier nicht nur im Sinne der Erhaltung unseres Staates, sondern auch für die notwendige Sicherheit Europas erfolgreiche Arbeit geleistet haben. Ich habe über dieses Fragengebiet im vergangenen Jahre wiederholt gesprochen, so daß ich heute nur noch einmal kurz das Grundsätzliche zu streifen brauche.

Die neue Form- und Sinngebung des Nationalsozialismus, die gerade für die jungen osteuropäischen Völker von besonderer Bedeutung in der Reifung ihrer Aufgaben sein kann, betont die Nation als einen letzten absoluten Wert der menschlichen Kultur. Den Ausgleich der einander gegenüberstehenden Nationen anerkennt jede Nation als einen wertvollen Baustein der europäischen Gesellschaft, findet aber das notwendige Korrektiv in dem Schutz jeder nationalen Volksgruppe innerhalb einer anderen Nation.

Es ist bedeutungsvoll, daß diese Ideen erstmalig am sinnfälligsten für das national so verzahnte Gebiet des nahen Ostens reiften, und ich darf für uns in Anspruch nehmen, daß wir sie hier bei uns am sinnfälligsten praktisch verfechten und damit wesentlich zur Lösung schwieriger politischer Probleme beigetragen haben.

Ebenso entschlossen, wie wir hier einem notwendigen Ausgleich gedient haben und weiter dienen wollen, haben wir dabei — trotz mancher Opfer — unsere unverlierbaren Rechte und den eigenen Charakter als Volkspersönlichkeit unverfälscht und lauter gewahrt, und werden sie weiter schützen.

Es ist der Grundsatz vollkommener Fairneß, der uns allein zu dem für eine Neuordnung notwendigen Vertrauen führen kann und für uns in Danzig bleibt die nicht oft und nachdrücklich genug betonte Wahrheit stets zu beachten, daß nichts geschieht und durchgeführt werden kann, daß nicht außenpolitisch bedingt bleibt und nicht ebenso außenpolitische Folgen haben muß und damit unter diesem Grundsatz absoluter Rechtlichkeit und Offenheit gestellt ist. Uns ist gegenüber jeder anderen deutschen Landschaft ein schweres Schicksal bestimmt, als ein Staat ohne Machtmittel die Selbständigkeit innerhalb großer Staaten durchzuhalten und zu stärken.

Nur Disziplin, nur unbedingte Gefolgschaft, nur Klugheit und Maßhalten könnte uns den einzig möglichen Weg offen halten und werden es auch in Zukunft tun. In solchem Geiste konnten allein die Fährnisse des vergangenen Jahres in Danzig durchsteuert werden. Nur in ihm werden wir es in Zukunft vermögen.

Während auf den zwei entscheidenden Gebieten der inneren Gestaltung und der außenpolitischen Führung zu festen Richtlinien und zu Wegen fortgeschritten wurde, die wir nur im kommenden Jahr entschlossen weitergehen zu brauchen, ist der dritte große Aufgabenkreis, der einer wirtschaftlichen Neugestaltung für die meisten von uns eine Angelegenheit offener oder verborgener Besorgnis. Gewiß ist es uns auch in beachtlichem Umfang gelungen, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Wir haben zwar nicht ganz dem deutschen Vorbild folgen können, immerhin sind es fast zwei Drittel der Arbeitslosen, die wir ziffernmäßig in Lohn und Brot gebracht haben.

In die wesentliche Ursache der wirtschaftlichen Zerrüttung sind wir aber noch nicht gestaltend vorgestoßen und wir haben noch nicht die Gewähr der Dauer des Erfolges für unsere Bemühungen.

Wir können nicht auf die Konjunkturen rechnen, die uns wie ein warmer Frühlingsregen befruchtend segnen. Wir müssen die Vorbedingungen wirtschaftlicher Blüte selbst gestalten. Sie hängen von unserem entschlossenen Willen ab, leider nicht von unserem allein. Es gibt auch kein Zaubermittel in der Wirtschaft, mit dem wie mit einer Goldtinktur alle Schäden einer sich seit Generationen langsam und immer schneller akkumulierenden Krisis schlagartig geheilt werden könnten. Wir haben auch nie so etwas behauptet. Wir haben vor der Regierungsübernahme nur immer wieder betont, daß es ernster und von tiefster Hingabe an unsere Gemeinschaft beseelter Anstrengungen langer Jahre bedürfen würde, um auch auf wirtschaftlichem Boden unser Schicksal zu meistern.

Jede Lage ist zu meistern. Aber nicht, indem man auf Subventionen wartet. Ein Volk kann auf keinen anderen Wohlstand rechnen, als den es sich selbst erarbeitet hat. „Borgen stumpft der Wirtschaft Spitze“, lautet ein altes kluges Dichterwort. Auch das Borgen bei der Zukunft kann nur als diätisches Mittel gerechtfertigt und muß in klaren Grenzen gehalten werden. Es war daher unsere Aufgabe, uns von Illusionen sowohl vom Pessimismus freizuhalten, und in der Arbeitsbeschaffung wohlabgesteckte Schranken innezuhalten, die auf die Lohnintensivität der Arbeitsvorkommen und andere Momente Rücksicht nahmen.

Durch die öffentliche Hand vorgenommene Bauprojekte mit 70 bis 80 Prozent Einfuhrbedarf würden eine Kapitalfehlleitung bedeutet haben, die sich in nichts von Krankenkassenpalästen des Marxismus unterscheiden. Bei all diesem war und bleibt unsere Hauptaufgabe, den einzelnen Wirtschaftsbetrieben zu helfen. Denn von ihnen, den Stätten der Arbeit, lebt nicht nur das Volk als Ganzes, sondern auch der Staat. Wenn hier die ordnende und helfende Hand vielen zu langsam und zu gering zu arbeiten schien, so mag bedacht werden, daß es zunächst galt und immer noch gilt, die wirtschaftspolitische Grundlage für eine langsame, aber wie wir hoffen, beständige Gesundung in politischen Abmachungen zu bereiten. Es liegt nicht an uns, daß diese Verhandlungen so mühevoll und beschwerlich sind.

Wir befinden uns in einer Zollgemeinschaft mit einem Staat anderer Ordnung und anderen Lebensstandards. Uns fehlt die Freiheit der Handlung zu entscheidenden Entschlüssen. Immerhin werden uns nach Erzielung klarer Beziehungen zu unserem Zollpartner im Sinne einer Ergänzung so viele Möglichkeiten offen bleiben, daß wir bei vollem Einsatz unserer wirtschaftlichen Tüchtigkeit wohl eine Zukunft haben und unsere Wirtschaft in Ordnung bringen können.

Ich verwahre mich dabei auf das nachdrücklichste gegen Aeußerungen, daß in Danzig weder Industrie noch Handel eine Zukunft haben dürften und nur höchstens reiner Umschlag. Ich verwahre mich gegen die Vorwürfe, die dahin gehen, daß unsere Bemühungen gescheitert sind.

Unsere Bemühungen zur Wiederbelebung der Wirtschaft würden allerdings von einigen Grundsätzen geleitet, die demnächst ausführlicher erörtert werden müssen. An der Wiederbelebung der Investitionswirtschaft wie an dem Ausbau des Außenhandels, der für uns im Vordergrund des Interesses stehen muß, wird nicht vorbeigegangen werden können. Produktionsstätten und Arbeitskräfte brach liegen zu lassen, ist die größte Verschwendung eines Volkes, sie aber in Gang zu setzen, ist eine Frage der Organisation, mehr noch als eine Frage der Finanzierung. Das hinter uns liegende Jahr hat in dieser Hinsicht für uns die Lage geklärt. Sich lediglich auf eine Absatzsteigerung der Verbrauchsgüter zu beschränken und hierauf die Anregungen der öffentlichen Hand einzusetzen, hat unfehlbar zu erneuter Krisis führen müssen und wurde von uns folgerichtig abgelehnt.

Allgemein müssen wir uns als mit einer Tatsache abfinden, daß die gesamtgeschichtliche Entwicklung wirtschaftlich in einen neuen Ordnungskreis eingetreten ist. Jede Nation beginnt aus ihren natürlichen Bedingungen heraus sich zu einer nationalen Wirtschaft durchzugestalten. Damit tritt etwas wesentliches Neues in die wirtschaftspolitischen Beziehungen. Güteraustausch zwischen Land und Land, und die Grenzen einer auf Arbeitsteilung beruhenden Ergänzung von Nation zu Nation können nicht durch die freie Entschließung privater Unternehmungen, sondern müssen durch die Organe des Staates in Begrenzung wie Ausdehnung geregelt werden. Demnach ist die Organisation derWirtschaftsbeziehungen Sache des Staates, die Exekutive Sache der Selbstverwaltung der Wirtschaft, die praktische Durchführung im einzelnen Gebiet Sache der Initiative des Unternehmers. Die Initiative wird begrenzt, nicht um sie zu behindern, sondern um ihr die Sicherheit der Richtung und die Gemeinnützigkeit für die Gesamtheit zu verschaffen. Sie wird dabei genügend Spielraum für den privatwirtschaftlichen Nutzen haben.

Damit komme ich zu einem anderen Wesentlichen unserer Lage: Eine Organisation ist nie Selbstzweck, sie kann auch nie Allheilmittel für alle möglichen Schäden sein.

Zusammenschluß im Sinne einer Volksgemeinschaft kann nicht ein schematisches Nebeneinander mit gleichem Anspruch im parlamentarischen Sinne sondern nur eine Gliederung im Sinne einer Rangordnung bedeuten. Wird diese grundsätzliche Erkenntnis nicht gewahrt, so ist die notwendige Folge ein neuer Parlamentarismus, der auf dem Boden von Interessenverbänden sich auswirkt.

Das hinter uns liegende Jahr war geeignet, uns in diesen schwierigen Fragen einer Klärung näher zu führen. Haben wir äußerlich dem Wunsch weiter Wirtschaftskreise nicht die erhoffte Neugestaltung der Ordnung bringen können, so ist doch, wie mir scheint, viel erreicht mit solcher Klärung und dem nun offen liegenden Weg für eine endliche und baldige Gestaltung.

Jedes Volk muß sich in die Höhe kämpfen durch Enttäuschung und Wiederaufbruch, durch Fehlschlag und Entbehrung, durch Hingabe und, wenn es sein muß, rücksichtsloseste Härte gegen sich selbst. Es ist nicht deutsche Art, gleich zu verzagen, wenn nicht alles im ersten Anlauf erreicht wird. Feste der Gemeinschaft, wie der heutige Tag, sind Sinn- und Höhepunkte unseres bewußten Daseins und es ist gut, daß sie unserem Leben und unserem neuen politischen Dasein einen sichtbaren Sinn und Ausdruck geben. Aber zwischen den Festen liegen die sauren Wochen. Wir werden sie um so eher meistern, als wir uns den Sinn der neuen Zeit immer wieder verlebendigen und dem uns unverlierbaren deutschen Charakter zum Durchbruch verhelfen.

Wenn unser Kampf Sinn haben soll und gehabt hat, so war und bleibt es:

Deutsche Art und deutschen Geist rein und hell zu erhalten und wieder werden zu lassen. Ein Volk, das sich nicht der Rangordnung im Geistigen bewußt bleibt und die höchste Blüte menschlichen Lebens mißachtet, wird im wahrsten Sinne einer Herrschaft der Minderwertigkeit verfallen. Das mag insbesondere eine ihrer Kraft und neuen Aufgaben bewußten Jugend gesagt sein.

Denn um was es hier wie in Deutschland ging und weiter gehen wird, ist nicht nur der nationale Wiederaufbau und die wirtschaftliche Gesundung oder auch die Gemeinschaft allein, sondern es ist in tiefster Bedeutung eine neue Sinngebung des Lebens, die wir jahrzehntelang entbehrten, erträumten, aber nicht lebendig werden sahen. Sie ist heute zu einer höchsten Durchseelung unserer Arbeit als schaffende Menschen gereift.

Das hohe Jahr der Erfüllung für das deutsche Volk ist, wie wir zuversichtlich wissen, angebrochen. Auch für uns Deutsche in Danzig! Was wir aus solchem Feuer im vergangenen Jahr leisteten, kann die Probe bestehen. Mögen wir im einzelnen geirrt haben. Adel und Wert gab unseren Mühen die Gesinnung unbegrenzter Hingabe, der Treue, der Verbundenheit und der Kameradschaft. In solchem Geiste wollen wir im kommenden Jahre unsere Reihen fester schließen, was auch kommen mag — so wird und muß Danzig deutsch bleiben.

Deutsches Reich und die polnische Holzausfuhr.

Bei den Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und der polnischen Landwirtschaft, die vor wenigen Wochen in Warschau und in Berlin stattfanden, bildete die Frage der Ausfuhr von Holz aus Polen nach dem Deutschen Reich einen der Hauptverhandlungsgegenstände. Wie in der polnischen Presse verlautbar wurde, ist den polnischen Unterhändlern in Berlin die Zusage gemacht worden, „daß in der Zeit vom Juni 1934 bis zum 31. Mai 1935 zuzätzlich für 5 Mill. RM. Schnittholz eingeführt werden kann, falls in der gleichen Zeit polnisches Rohmaterial (Langholz, Grubenholz, Papierholz) im Werte von $2^1/_2$ Mill. RM. ohne jede Ausfuhrbeschränkung von seiten Polens nach dem Deutschen Reich ausgeführt wird.“ Diese Zusage bedarf natürlich der Bestätigung durch die zuständigen Regierungsstellen und man kann annehmen, daß die zur Zeit in Warschau geführten Verhandlungen der beiderseitigen Regierungsvertreter diese Frage endgültig klären werden.

Warum polnischerseits auf diese Frage so großer Nachdruck gelegt wird, wird verständlich, wenn man in Erwägung zieht, daß die Holzausfuhr eine der

wichtigsten Positionen der polnischen Handelsbilanz darstellt. In den ersten vier Monaten d. Js. betrug der Anteil des Holzexports rund 18 % des Wertes der Gesamtausfuhr. Polen ist deshalb auch um die Erhaltung der Absatzmärkte für diesen wichtigen Ausfuhrartikel besonders besorgt. Bis zum Jahre 1930 war Deutschland — trotz des Zollkrieges — das Hauptabsatzgebiet für polnisches Holz. Da in diesem Jahre die bis dahin stets erneuerten provisorischen **Abmachungen mit dem Deutschen Reich über die Holzausfuhr nicht wieder erneuert wurden, suchten die polnischen** Holzexporteure andere Abnehmer, die sie in erster Linie in England, dann in anderen Staaten, ja selbst in überseeischen Ländern fanden. Die Ausdehnung des Zollkrieges auch auf das Holz, hatte für Polen dieselben Folgen wie seinerzeit der Streik der englischen Kohlenarbeiter. Wurden damals der polnischen Kohle andere Absatzmärkte erschlossen, so fand jetzt auch das polnische Holz neue Absatzgebiete, wobei noch zwei Umstände sich zugunsten Polens auswirkten. Das Holz bedarf erstens zur Förderung seiner Ausfuhr keiner erhöhten Inlandspreise und zweitens nehmen die neuen Absatzländer haupt**sächlich Schnittmaterial ab, während das Deutsche Reich** fast ausschließlich Rohmaterial kaufte. Trotzdem es Polen gelang, sein Holz auch an anderen Plätzen **abzusetzen, machte sich die vom Deutschen Reich geübte** Einfuhreinschränkung, die gewiß nicht zuletzt mit der bis zum Jahre 1933 fortschreitenden Verschlechterung der Wirtschaftslage zusammenhängt, doch recht bemerkbar, was aus folgenden Zahlen über die Holzausfuhr und den Anteil von Schnittholz deutlich erkennbar ist (in Mill. Złoty):

	Gesamtholzausfuhr	darunter Schnittmaterial	in %
1930	348,2	168,3	48
1931	224,8	118,4	54
1932	119,9	64,4	54
1933	154,6	94,1	61
1934 I.—IV.	55,8	27,5	49

Die Verringerung des prozentualen Anteils des Schnittmaterials an der Holzausfuhr in den ersten vier Monaten dieses Jahres ist nicht nur mit der saisonmäßig bedingten größeren Ausfuhr von Rohmaterial zu erklären, sondern auch damit, daß Deutschland, das in diesem Jahr wieder polnisches Holz kaufte, hauptsächlich Rohmaterial abnimmt. **Der Anteil des Deutschen Reichs an der Schnittholzausfuhr im Jahre 1930,** dem letzten Jahre mit einem provisorischen Holzabkommen, und in den folgenden Jahren, in denen ein Einfuhrverbot für Schnittholz bestand, sowie im April d. Js., als den ersten Monat nach Unterzeichnung des deutsch-polnischen Verständigungsprotokolls vom 7. März 1934 stellt sich wie folgt dar (in 1000 t):

Ausfuhr von Schnittholz

	insgesamt	darunter nach Deutschland	in % der Gesamtausfuhr
1930	1 029	471	45,0
1931	838	36	4,3
1932	488	6	1,2
1933	855	11	1,2
1934 IV.	81	3,5	4,3

Wie aus diesen Ziffern ersichtlich ist, war der **Rückgang bei der Schnittholzausfuhr nach dem Deutschen Reich** infolge des Einfuhrverbotes ein beträchtlicher. Auf Grund des Verständigungsabkommens hat Polen die Möglichkeit, den deutschen Markt zurückzugewinnen **und der steigende Anteil des Deutschen Reiches im** April beweist dies, wie dies die folgenden Zahlen zeigen. Der Wert der Holzausfuhr Polens nach **dem Deutschen Reich in den ersten drei Monaten 1933** beziffert sich auf 5,48 Mill. Zł., er betrug in der gleichen Zeit des laufenden Jahres bereits 9,6 Mill. Zł., und es ist anzunehmen, daß er sich auch weiterhin vergrößert, wenn die Devisenlage es gestattet. Aus diesem Grunde wünscht die polnische Seite eine besondere Behandlung Polens in der Frage der Devisenzuteilung, insbesondere bei der Holzausfuhr. Die polnischen Holzexportkreise klagen überdies, daß sie infolge der deutschen Devisenbeschränkungen für bereits geliefertes Schnittholz keine Bezahlung erhalten können und es steigt bei ihnen die Befürch**tung auf, daß ihre Forderungen im Deutschen Reich** einfrieren könnten. Aus der eingangs zitierten privaten Vereinbarung ist ersichtlich, daß man polnischerseits den größten Wert darauf legt, den zusätzlichen Holzexport in Schnittmaterial auszuführen. Die Holzindustriekreise unterstützen diese Absicht durch die Forderung, die Ausfuhr von Rohmaterial durch die Wiedereinführung des Ausfuhrzolls, der bis Ende August d. Js. durch eine Verordnung aufgehoben ist, zu reglementieren. Diese Forderung erhält noch eine weitere Begründung dadurch, daß angeführt wird, die Sägewerke in Polen könnten das vorhandene Rohmaterial selbst verarbeiten, sodaß bei einer vermehrten Ausfuhr des Rohmaterials eventuell ein gewisser Mangel an Rohmaterial eintreten könnte. **Weiterhin wird angeführt, daß das Deutsche Reich von den anderen Staaten, aus denen es Holz einführe,** weit mehr Schnittholz als Rohmaterial bezieht, so wären z. B. im Jahre 1933 von der russischen Ausfuhr von Holz nach Deutschland 98 %, von der finnländischen 97 %, von der österreichischen 63 %, von der tschechoslowakischen 28 %, dagegen von der polnischen nur 10 % Schnittmaterial gewesen. Diese Auslassungen sollen dazu dienen, ein für Polen bezw. den polnischen Holzhandel möglichst günstiges Ergebnis bei den erwähnten Warschauer Verhandlungen zu erzielen. Trotzdem gibt man sich in polnischen Kreisen keinen allzu rosigen Hoffnungen auf das deutsche Geschäft hin, denn man übersieht es nicht, daß **das Deutsche Reich den gegenwärtigen Zustand einer passiven Handelsbilanz mit Polen nicht lange wird** ertragen wollen und seine Einfuhr aus Polen von der Ausfuhr von Polen abhängig machen wird. Da die Devisenbeschränkungen den Warenaustausch erschweren, ist von polnischen Wirtschaftskreisen die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht ratsam wäre, **mit dem Deutschen Reich ein Clearingabkommen zu schließen. Deutschland ist neben England für die polnische** Holzausfuhr eines der wichtigsten Absatzgebiete, und diesen Markt zurückzuerobern, sieht man als eine Hauptaufgabe der Warschauer Verhandlungen an.

Kampf gegen Privatgeschäfte der öffentlichen Hand auch in England.

Die Pressestelle des Deutschen Industrie- und Handelstags teilt uns folgendes mit:

Zu den besonders schädlichen Praktiken des Marxismus gehört die Aushöhlung der Wirtschaft durch private Geschäftstätigkeit der öffentlichen Hand, die auch in Deutschland in den Jahren der Systemregierungen eine immer stärkere Ausdehnung gefunden hatte. Seit der großen Kundgebung der gewerblichen Wirtschaft zu Ende des Jahres 1926 lag die Geschäftswelt in einem ständigen Kampfe gegen die Regiebetriebe und ähnliche Organisationen amtlichen oder halbamtlichen Charakters. Die Regiebetriebe beschnitten nicht nur die Geschäftsmöglichkeiten der freien Unternehmen, sondern sie verschafften sich durch ihre besondere Machtstellung, vielfach Monopolstellung, und durch die Zuschüsse, die sie aus allgemeinen Steuermitteln erhielten, im Konkurrenzkampf einen unlauteren Vorsprung. Im neuen Deutschland ist mit dem Abbau dieser Methoden bereits tatkräftig begonnen worden, wenngleich auch jetzt noch Reste vorhanden sind. Erinnert sei nur an die Tätigkeit der Reichspostreklame GmbH., die als ein Unternehmen der Deutschen Reichspost dem deutschen Adreßbuchgewerbe und dem freien Anzeigenwesen eine Konkurrenz bereitet, welche von der Wirtschaft als überaus unangenehm und als unzeitgemäß empfunden wird. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat bekanntlich gemeinsam mit den übrigen Spitzenverbänden an den Reichspostminister eine Eingabe gerichtet, in der die Beseitigung der Branchenfernsprechbücher der Reichspostreklame GmbH. gefordert wird. Der Reichspostminister hat mitgeteilt, daß diese Frage zurzeit geprüft wird und hat weitere Unterlagen über die Klagen angefordert, welche gegen die Tätigkeit dieser halböffentlichen Gesellschaft erhoben werden.

Daß der Kampf gegen die Einmischung der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft auch im Ausland die berufenen Wirtschaftsvertretungen beschäftigt, ergibt sich aus einer Entschließung, welche die Vereinigung Britischer Handelskammern kürzlich gegen die Zunahme des Direktkleinverkaufs durch städtische Gesellschaften angenommen hat. In der Entschließung heißt es, daß die Wirtschaft mit Besorgnis die schnell wachsende Entwicklung des direkten Einzelhandelsverkaufs durch städtische Gesellschaften verfolgt, welche geeignet ist, den Umsatz des legitimen Einzelhandels schwer zu beeinträchtigen. Diese Form des Wettbewerbs sei offensichtlich unfair. Die fast unbeschränkten Mittel aus öffentlichen Fonds befähigen die städtischen Gesellschaften, ihre Einzelhandelsabteilungen auf einer unwirtschaftlichen und häufig verschwenderischen Grundlage zu führen. Hieraus ergebe sich ebenso eine Verschwendung von Steuergeldern, wie auch eine Beeinträchtigung der Einzelhändler, welche einen großen und bedeutenden Teil der steuerzahlenden Gemeinschaft darstellen.

Auch in Deutschland sind städtische Gesellschaften in den Jahren vor der Machtübernahme zur Errichtung von Einzelhandelsverkaufsstellen übergegangen. Indessen hat man sich jetzt im nationalsozialistischen Geiste zusammengefunden und im Benehmen zwischen Einzelhandel und Vertretern der in Frage kommenden städtischen Organisationen Richtlinien aufgestellt, die bezwecken, einen für beide Teile tragbaren Zustand zu schaffen. Das hierüber geschlossene Abkommen bedarf zwar noch in einigen Punkten der Ergänzung und Erweiterung. Immerhin ist in Deutschland der Anfang gemacht worden, um nicht nur zu verhindern, daß die auf dem Gebiet der Konkurrenz der öffentlichen Hand entstandene Anarchie noch weiter um sich greift, sondern daß eine organische Zurückführung der Tätigkeit öffentlicher Körperschaften auf die ihnen eigentlich gesteckten Aufgaben eingeleitet wird. Dies entspricht durchaus der auch vom Führer wiederholt klar ausgesprochenen Auffassung, daß der Staat zwar die Wirtschaft überwachen, aber selbst keine Wirtschaft treiben soll.

Mitteilungen der Amtsstelle der Industrie-, Handels- und Gewerbekammer

Bekanntmachung.

Auf Beschluß des Vorstandes der Effekten- und Effekten- und Devisenbörse mit sofortiger Wirkung Devisenbörse fallen die Notierungen an der Danziger während der Monate Juni, Juli und August d. Js. an den Sonnabenden aus.

Danzig, den 20. Juni 1934.

Der Vorstand der Effekten- und Devisenbörse.

Amtliche Notierungen an der Danziger Börse vom 11. bis 16. Juni 1934.

Die Notierungen erfolgen in Danziger Gulden (G).

Zeit	Tel. Auszahlung London		100 Złoty Ausz. Warschau		100 Złoty loko Noten		Dollar-Noten Nr. 1 von 5-100 St.		Dollar-Noten Nr. 2 von 500-1000 St.		Tel. Auszahl. New York		Tel. Auszahl. Amsterdam		Tel. Auszahl. Zürich	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
11. 6. 34	15,46	15,50	57,83	57,95	57,85	57,97	—	—	—	—	*3,0519	3,0581	207,69	208,11	*99,50	99,70
12. 6. 34	15,48	15,52	57,84	57,96	57,85	57,97	—	—	—	—	3,0550	3,0612	*207,78	208,31	*99,53	99,73
13. 6. 34	15,42 1/2	15,46 1/2	57,84	57,96	57,85	57,97	—	—	—	—	*3,0594	3,0656	*207,79	208,21	*99,55	99,75
14. 6. 34	15,43	15,47	57,83	57,95	57,85	57,97	—	—	—	—	*3,0619	3,0681	*207,79	208,21	99,50	99,70
15. 6. 34	15,44 1/2	15,48 1/2	57,83	57,95	57,84	57,96	—	—	—	—	*3,0600	3,0662	*207,59	208,01	99,45	99,65
16. 6. 34	—	—	57,80	57,92	57,82	57,94	—	—	—	—	*3,0594	3,0656	*207,54	207,96	*99,45	99,65

Zeit	Tel Auszahl. Paris		Tel. Auszahl. Brüssel—Antwerpen Belga		Tel. Auszahl. Stockholm		Tel. Auszahl. Kopenhagen		Tel. Auszahl. Oslo		Tel. Auszahl. Prag		100 Reichsmarknoten		100 Reichsmark tel. Ausz. Berlin	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Brief	Geld	Geld	Brief
11. 6 34	20,22	20,26	*71,50	71,64	*79,62	79,78	*69,00	69,14	*77 60	77,76	12,78½	12,81½	—	—	117,78	118,02
12. 6. 34	20,22	20,26	*71,51	71,65	*79,70	79,86	*69,00	69,14	*77,70	77,86	*12,78	12,81	—	—	116,38	116,62
13. 6 34	20,22	20,26	*71,53	71,67	*79,52	79,68	*68,90	69,04	*77,52	77,68	*12,79	12,82	—	—	115,38	115,62
14. 6. 34	20,22	20.26	*71,50	71,64	79,60	79,76	69,00	69,14	77,60	77,76	12,78	12,81	—	—	115,71½	115,94
15 6 34	20,22	20,26	*71,50	71,64	*79,70	79,86	*69,00	69,14	*77 [illegible]	77,86	*12,78	12,81	—	—	116,13	116,37
16. 6. 34	20,22	20 26	*71,48	71,62	*79,70	79,86	*69,10	69,24	*77,7[illegible]	77,86	*12,78	12,81	—	—	116,38	116,62

*) Nominelle Notierungen.

Danziger Wertpapiere. Die Notierungen erfolgen in Danziger Gulden (G)

	11. 6. 34	12. 6. 34	13. 6. 34	14. 6. 34	15. 6. 34	16. 6. 34
Festverzinsliche Wertpapiere:						
a) einschließlich der Stückzinsen:						
5 % Roggenrentenbriefe (1 Ztr. Roggen)	—	—	—	—	—	—
7 % Danziger Stadtanleihe 1925 (£ = 25 G)	—	—	—	—	—	—
6½ % Danziger Staats- (Tabakmonopol) Anleihe (£ = 25 G) . .	—	—	—	—	—	—
b) ausschließlich der Stückzinsen:						
4 % Danziger Schatzanweisungen	—	—	80 bz.	80 rep. G	80 rep. G	—
6 % (bisher 8 %) Danziger Hypothekenbank, Kommunalschuldverschreibungen	—	—	—	—	—	—
6 % (bisher 8 %) Danziger Hypotheken-Pfandbriefe Serie 1—9 .	—	63½ bz. B	63½ bz.	64 bz.	—	—
6 % (bisher 8 %) Danziger Hypotheken-Pfandbriefe Serie 10—18	—	—	—	—	—	—
6 % (bisher 7 %) Danziger Hypotheken-Pfandbriefe Serie 19—26	63¾ bz.	63½ bz. B	—	63¾ bz.	—	—
6 % (bisher 7 %) Danziger Hypotheken-Pfandbriefe Serie 27—34	—	63½ bz. B	—	—	63¾ bz. G	—
6 % (bisher 7 %) Danziger Hypotheken-Pfandbriefe Serie 35—42	—	—	—	63¾ bz. G	—	—
6 % (bisher 6 % Danziger Hypotheken-Pfandbriefe Serie 1 . . .	—	—	—	—	—	—
Aktien:						
Bank von Danzig	—	—	—	—	—	—
Danziger Privat-Aktien-Bank	25 bz.	—	—	—	—	—
Danziger Hypothekenbank	—	—	—	—	—	—
Zertifikate der Danziger Tabak-Monopol A.-G.	—	—	—	—	—	—

Danzig

Preiskontrolle durch den Senat.

Preisvereinbarungen und Preisfestsetzungen bedürfen der Genehmigung des Preisprüfungskommissars.

In letzter Zeit ist wiederholt zu beobachten, daß Interessentenkreise Preisvereinbarungen und Preisfestsetzungen treffen, durch die einmal das Schleudern bekämpft werden soll, durch die aber auch teilweise untragbare Heraufsetzungen von Preisen erfolgen. Der Senat kann ungerechtfertigte Preiserhöhungen nicht dulden, da weite Bevölkerungskreise durch solche Maßnahmen geschädigt werden. Aus diesem Grunde hat der Preisprüfungskommissar in Nr. 45 des Staatsanzeigers eine Anordnung veröffentlicht, nach der alle Preisfestsetzungen von Verbänden und Interessentengruppen, sowie alle freiwilligen Vereinbarungen, die Preise betreffen, vor ihrem Inkrafttreten dem Preisprüfungskommissar zur Genehmigung vorzulegen sind. Das gleiche gilt von Preisfestsetzungen, die zur Zeit der Anordnung des Preisprüfungskommissars bereits in Kraft sind. Diese Preisvereinbarungen bedürfen einer nachträglichen Genehmigung.

In der Anordnung des Preisprüfungskommissars ist darauf hingewiesen, daß die Nichtbeachtung der Anordnung des Preisprüfungskommissars Gefängnis und Geldstrafe nach sich zieht.

Der Senat folgt mit diesen Maßnahmen dem Beispiel des Reiches, das auf teilweise anderen Wegen und in anderen gesetzlichen Formen sich gleichfalls eine ausschlaggebende Kontrolle über die Preise vorbehalten hat.

Eine Rechtsverordnung des Senats zum Schutze des Bernsteins.

Auf Grund des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat wird mit Gesetzeskraft folgendes verordnet:

Mit dem Worte „Bernstein“, einem zusammengesetzten Worte, das den Bestandteil „Bernstein“ enthält, oder einem entsprechenden Warenzeichen darf im geschäftlichen Verkehr nur Naturbernstein oder ein Erzeugnis bezeichnet werden, das aus Naturbernstein ohne nachahmenden Zusatz besteht.

Das gilt nicht für Bernsteinlack.

Zur Kennzeichnung von Bernstein als Bernstein ist nur der erste Verkäufer, zur Kennzeichnung eines Bernsteinerzeugnisses als Bernsteinerzeugnis ist nur der Hersteller berechtigt; der Kennzeichnende muß der Kennzeichnung seinen Namen, seine Firma oder ein für ihn eingetragenes Warenzeichen deutlich hinzufügen.

Wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000,— G bestraft.

Genehmigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Baumeister".

Auf Grund der Baumeisterverordnung vom 10. 10. 1931 und Ausführungsbestimmungen vom 24. 2. 1932 ist den nachstehend genannten (vgl. DWZ Nr. 33/1932) vom Senat der Freien Stadt Danzig die Genehmigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Baumeister" erteilt worden:

Bauingenieur Ewald Goellner, Danzig-Langfuhr,

Maurer- und Zimmermeister Richard Strube, Neumünsterberg.

Danziger Getreidezufuhren auf dem Bahnwege vom 1. bis 15. Juni 1934.

Datum	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer		Hülsenfrüchte		Kleie u. Ölkuch.		Saaten	
	Waggons	To.	Waggons	To.	Waggons	To.	Waggons	To.	Waggons	To.	Waggons	To.	Waggons	To.
1. 6. 34	—	—	—	—	2	30	3	45	3	45	—	—	—	—
2./3. 6. 34	—	—	1	15	15	225	4	60	8	111	—	—	1	15
4. 6. 34	2	30	—	—	—	—	9	135	2	30	2	30	1	10
5. 6. 34	—	—	1	15	4	60	3	45	3	45	—	—	—	—
6. 6 34	2	30	34	516	15	227	3	47	4	60	1	15	—	—
7. 6. 34	—	—	2	30	7	105	3	45	3	45	—	—	—	—
8. 6 34	2	30	6	90	9	135	4	60	3	45	—	—	1	15
9./10. 6. 34	7	108	59	891	14	211	8	120	4	55	1	15	1	15
11. 6. 34	5	75	153	2305	5	75	6	90	7	105	—	—	—	—
12. 6. 34	17	261	27	405	6	88	4	60	1	15	—	—	—	—
13. 6. 34	18	270	16	242	5	75	2	30	1	10	—	—	—	—
14. 6. 34	37	561	1	15	4	60	6	90	4	60	—	—	—	—
15. 6. 34	8	120	—	—	2	25	1	15	3	45	—	—	—	—
Gesamt	98	1485	300	4524	88	1316	56	842	46	671	4	60	4	55

Polnische Wirtschaftsgesetze in deutscher Übertragung

Titelübersetzungen

aus dem Dz. Ust. Nr. 47 vom 11. Juni 1934.

Pos. 417 Verordnung des Finanzministers, des Ministers für Industrie und Handel und des Ministers für Landwirtschaft und Agrarreform vom 30. Mai 1934 über Verlängerung der Gültigkeit der Verordnung des Finanzministers, des Ministers für Industrie und Handel und des Ministers für Landwirtschaft und Agrarreform vom 8. März 1934 betreffend teilweise Aenderung von Art. 15 der Verordnung vom 11. Juni 1920 über den Zolltarif.

Polen

Verständigung der Bremer Dampferlinie „Neptun" mit „Zegluga Polska".

In Bremen kam es zu einer Verständigung zwischen der Dampferlinie „Neptun" und der polnischen halbstaatlichen Schiffahrtslinie „Zegluga Polska". Diese Verständigung beruht auf ähnlichen Grundlagen, wie die bereits im März zustandegekommene Vereinbarung zwischen der „Zegluga Polska" und dem Hamburger Konzern der 4 großen Schiffahrtsgesellschaften. Die Verständigung mit dem „Neptun" soll nach polnischer Ansicht zu einer Verstärkung des Seeverkehrs zwischen Bremen und Gdingen beitragen. Doch nimmt man an, daß eine erhebliche Steigerung der Lademengen auf dieser Strecke erst nach Abschluß eines eigentlichen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen erfolgen wird. Mr.

Automatisierung der Telephonämter in Polen.

Die Einrichtung von Selbstanschlußämtern in Polen hat in den letzten beiden Jahren große Fortschritte gemacht. Bisher wurden montiert und in Betrieb genommen die automatischen Zentralen in Gringen, Czenstochau, im ostoberschlesischen Industrierevier, in den Badeorten Rabka und Krynica, in Dirschau und Teschen. Im Bau sind zur Zeit die Selbstanschlußämter: Thorn, Piotrkow, Przemysl, Plozk, Kielce und Graudenz, die wahrscheinlich noch im Laufe des Jahres in Betrieb genommen werden. Weiterhin wird der Ausbau des Otwozker Bezirksnetzes und des Netzes im Dombrowaer Industrierevier beabsichtigt. Schließlich wird im Post- und Telegraphenministerium die Frage der Automatisierung des Telephonverkehrs auf dem Lande und in den Kleinstädten geprüft. Mr.

Abkommen über die Sozialhilfe zwischen Deutschland und Polen.

Kürzlich wurden in Berlin die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die Sozialhilfe nach längerer Dauer beendet. Es wurde ein Provisorium abgeschlossen, wonach die Bürger jedes der beiden Staaten im Gebiete des anderen Landes in weitem Umfang die Vorteile der sozialen Hilfe genießen sollen. Auf Grund ihrer Bezüge aus den Leistungen der sozialen Hilfe sollen sie keinerlei Beschränkungen hinsichtlich des Aufenthaltsrechtes in dem Staat, von dem die sozialen Hilfeleistungen ausgehen, unterliegen. Die erzielte Verständigung hat besondere Bedeutung für polnische Staatsbürger, die um Arbeit zu finden, nach Deutschland ausgewandert sind. Mr.

Verhandlungen über den deutsch-polnischen Reiseverkehr.

In Warschau trafen Vertreter des „MER“ (Mitteleuropäisches Reisebüro) ein, um Verhandlungen über die Ausgestaltung des Reise- und Touristenverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Polen zu führen. Noch in diesem Sommer sollen etwa 3000 Besucher aus dem Deutschen Reich nach Polen kommen. Besondere Sammelausflüge sollen zu den internationalen Flugveranstaltungen in Warschau organisiert werden. Mr.

Vor der Wiederaufnahme der polnisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die britische Regierung hat Polen vorgeschlagen, die englisch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen am 26. Juni d. Js. in London wiederaufzunehmen. Mr.

Weitere Zunahme der Eisenerzeugung in Polen.

Die Lage der polnischen Eisenhütten erfuhr im Mai, nach den Produktionsziffern zu urteilen, eine gewisse Besserung. In den Haupterzeugungsgruppen wurden folgende Mengen erzeugt: Roheisen 33 203 (April 32 680, Mai 1933 27 214) t, Rohstahl 76 002 (75 214 bezw. 81 508) t, Walzwerkserzeugnisse 57 817 (53 993 bezw. 51 687) t, Röhren 3 047 (5 533 bezw. 4 361) t. Die Produktionszunahme stellte sich für Roheisen auf 10 %, für Stahl auf 1,4 %, für Walzware auf 12 % gegenüber dem Vormonat. Hingegen bei Röhren erfolgte gegenüber dem April ein Fallen der Produktion um 43 %. Gegenüber dem Mai des Vorjahres war die Gewinnung von Roheisen um 33 %, von Walzware um 12 % höher, für Stahl um 7 %, für Röhren um 30 % niedriger.

Inbetriebnahme des Stahlwerks der Königshütte.

In der Königshütte soll das seit 4 Jahren stilliegende Stahlwerk am 1. Juli wieder in Betrieb gesetzt werden. Das Stahlwerk besitzt 3 große Martinöfen. Die Vorbereitungen für die Betriebsaufnahme sind schon im Gange und sollen bis zum 1. Juli beendet sein. Die Belegschaft des Stahlwerks wird um 200 Arbeiter vergrößert. Diese Arbeiter werden zum Teil aus den Turnusurlaubern, zum Teil aus den bisher Arbeitslosen genommen. Auch im Walzwerk der Königshütte ist eine leichte Besserung der Beschäftigung eingetreten. Das Walzwerk arbeitet seit einiger Zeit in 2 Schichten. Mr.

Geplante Stillegung der Walter Croneckhütte.

Die Kattowitzer Giesche Sp. Akc. hat den Antrag an die zuständigen Behörden gerichtet, die Walter Croneckhütte für 5 Monate einstweilen stillzulegen. Es ist dies die einzige noch arbeitende Bleihütte in Polen. Die Stillegung soll am 30. Juni d. Js. erfolgen. Die Direktion begründet ihren Antrag damit, daß gegenwärtig das Bleierz teurer ist, als das auf Lager befindliche fertige Metall. Mr.

Eröffnung einer Zinkhütte in Polnisch-Oberschlesien.

Die Direktion der S. A. G. (Slonskie Kopalnie i Cynkownie) will in nächster Zeit die seit 2 Jahren stillgelegte Zinkhütte in Radziokau wieder in Betrieb nehmen. Zunächst werden 30 Arbeiter neu eingestellt. Nach Aufnahme des Vollbetriebes werden weitere 100 Beschäftigung finden. Die Hütte besitzt neuzeitliche technische Einrichtungen. Mr.

Polens Getreideexport im Mai.

Im Mai exportierte Polen 29 300 t Roggen gegen 44 600 t im April. Der Weizenexport stellte sich auf 8 917 (2 191) t, die Ausfuhr an Gerste auf 7 798 (9 861) t, an Hafer 4 366 (960) t. Die Haferausfuhr ist verhältnismäßig in den letzten Monaten überdurchschnittlich stark gewesen, da der Absatz im Auslande leicht war. Hingegen stellten sich bei der Unterbringung von Roggen im Auslande Schwierigkeiten ein, weshalb die Roggenausfuhr zurückging. Die Lagervorräte an Roggen sind in Polen ziemlich groß. Mr.

Beratungen des Internationalen Holzkomitees in Wien.

Das Internationale Holzkomitee (Comité International de Bois = C. I. B.) hielt Anfang Juni in Wien eine mehrtägige Konferenz ab, die von dem polnischen Vertreter Graf Krystyn Ostrowski geleitet wurde. An dem Holzkomitee beteiligen sich 6 Länder, nämlich Oesterreich, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Südslawien und jetzt auch Frankreich, daß erst neuerdings beigetreten ist. Vertreter Frankreichs im Holzkomite ist der Generaldirektor der Staatsforsten Chaplain. Bei der Wiener Tagung wurden u. a. folgende Fragen besprochen: Standardisierung der Holzmaterialien, Propaganda für die Holzverwendung, Beseitigung der Reglementierung der Holzeinfuhr in einer Reihe von Holz importierenden Ländern. Besonderes Interesse wendet das Komitee der Führung der Holzstatistik zu. Durch die Arbeiten auf diesem Gebiet sind bereits interessante Ergebnisse erzielt worden. Zum Vorsitzenden des Holzkomitees wurde der polnische Vertreter Graf Ostrowski wieder gewählt.

Aufrechterhaltung der bisherigen Tarifermäßigung für den polnischen Kohlenexport.

Der zuletzt im vorigen Jahre ermäßigte Spezialtarif für den polnischen Kohlenexport über Danzig und Gdingen soll in der gegenwärtigen Höhe weiter beibehalten werden. Die beiden letzten Ermäßigungen des Kohlenexporttarifs fanden statt am 1. März 1933 von 7,20 auf 5,20 Zł. und am 1. Juli 1933 nochmals von 5,20 auf 4,20 Zł. Dieser Satz liegt bereits unter den Selbstkosten der Eisenbahn. Die in der polnischen Presse verbreiteten Nachrichten, als werde eine noch weitere Herabsetzung des Exporttarifes über die Häfen beabsichtigt, entbehren jeder Grundlage. Mr.

Die Lage des polnischen Kohlenbergbaues im Mai.

Im Mai stieg im Vergleich zum Vormonat in Polen der Absatz von Industriekohle, besonders von Staubkohle, deren Bedarf in den Fabriken zunahm. Große Mengen von Staubkohle wurden im Mai an die Zementfabriken geliefert, die mit verstärkter Beschäftigung arbeiten. Auch die Lieferungen an die Zuckerfabriken vermehrten sich. In Hausbrandkohle trat ein Auftragsmangel ein, wodurch eine starke Konkurrenz beim Verkauf der gröberen Sortimente bedingt wird. Die Eisenbahndienstkohlenaufträge betrugen im Mai 90 % des Normalbedarfes. Bei den Kokslieferungen trug die Belebung in den Eisenhütten gleichfalls zur Absatzsteigerung bei. Der Export hielt sich mehr oder weniger auf dem Stande des Vormonats. Die Lieferungen nach Frankreich vergrößerten sich nicht, da das französische Kontingentierungssystem dem entgegen wirkte. Der Export nach Dänemark fiel im Mai vollkommen weg, weil ein Kontingent nicht gewährt wurde. Auch die Bezüge Norwegens waren geringfügig, da die norwegischen Importeure gezwungen waren, das englische Kohlenkontingent auszunutzen. Hingegen hielt sich die Kohlenausfuhr nach Schweden auf dem Vormonatsstande. Die Ausfuhr nach Irland stieß auf Schwierigkeiten, weil die Hausse auf dem Frachtenmarkt die Frachtsätze verteuerte und die Charterung von Schiffen schwierig war. Doch hielt sich der Export nach Irland auf der Höhe der letzten Monate. Auf dem österreichischen und ungarischen Markt war die Lage unverändert. In der Schweiz wurde das normale Einfuhrkontingent für polnische Kohle ausgenutzt. Stark rückläufig war der Versand nach Italien. Gegenüber dem Vorjahr wurden insgesamt in den ersten 5 Monaten 1934 um 17 % mehr Steinkohlen ausgeführt. Mr.

Vermehrte Holzkohlenausfuhr aus Polen über Gdingen.

Von den Erzeugnissen der trockenen Holzdestillation ist der Bedarf an Terpentin schwach, hingegen hat sich die Nachfrage nach Holzkohle verstärkt. Größere Transporte gehen über Gdingen nach überseeischen Ländern, besonders nach England. Der Exportpreis für Holzkohle beträgt etwa 80 Zł. für die Tonne frei Gdingen. Mr.

Die polnische Kohlenausfuhr im Mai 1934.

Die polnische Kohlenausfuhr betrug im Mai nach vorläufigen Angaben insgesamt 779 000 t gegen 783 000 t im April 1934 und 615 000 t im Mai 1933. Davon entfielen auf die mitteleuropäischen Märkte 81 000 (73 000 bezw. 53 000) t, davon auf Oesterreich 50 000 (49 000 bezw. 53 000) t, auf die Tschechoslowakei 30 000 (24 000 bezw. —) t. Nach Skandinavien gingen 274 000 (259 000 bezw. 259 000) t, davon nach Schweden 215 000 (198 000 bezw. 180 000) t, nach Norwegen 32 000 (23 000 bezw. 61 000) t, nach Dänemark 10 000 (27 000 bezw. 32 000) t. Von den Baltenstaaten nahm im Mai nur Estland 2000 t. Im Vormonat waren die Baltenstaaten als Bezieher überhaupt ausgefallen, im Mai 1933 hatten sie lediglich 5000 t bezogen. Von den westeuropäischen Ländern wurden 250 000 (229 000 bezw. 128 000) t gekauft, von Südeuropa 114 000 (160 000 bezw. 61 000) t. Nach außereuropäischen Ländern wurden 11 000 (17 000 bezw. 7 000) t versandt. Der Absatz an Schiffskohle betrug 28 000 (30 000 bezw.

31 000) t. Die Freie Stadt Danzig erhielt 19 000 (15 000 bezw. 16 000) t. In den Häfen Danzig und Gdingen wurden im Berichtsmonat 697 000 t verladen gegen 706 000 t im Vormonat und 615 000 t im gleichen Monat des Vorjahres. Davon entfielen auf Danzig 252 000 (240 000 bezw. 209 000) t, auf Gdingen 445 000 (466000 bezw. 342 000) t.

Deutsches Reich — Ausland

Transferproblem und Außenhandel — Kreditversorgung und Binnenwirtschaft.

Die kreditwirtschaftlichen Aufgaben der Industrie- und Handelskammern.

Sitzung des Ausschusses für Kredit-, Geld- und Bankwesen des Deutschen Industrie- und Handelstags.

Der vom Präsidenten Dr. v. Renteln berufene Ausschuß für Kredit-, Geld- und Bankwesen des Deutschen Industrie- und Handelstags trat am 14. Juni zur Erörterung aktueller Kreditfragen zusammen. Während der Ausschuß im Vorjahr sich zur Vorbereitung der Bankenquête hauptsächlich mit den Fragen der Reform der innerdeutschen Kreditwirtschaft beschäftigt hatte, ergab sich als dringliche Aufgabe für ihn nunmehr eine Würdigung der aus dem Stand der Transferverhandlungen erwachsenden Probleme, über die sein Vorsitzender, Freiherr v. Schröder, Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln/Rhein, eingehend berichtete. Die große Bedeutung einer Förderung des deutschen Außenhandels auf jedem volkswirtschaftlich vertretbaren Wege für die Lösung des Transferproblems wurde eindringlichst unterstrichen.

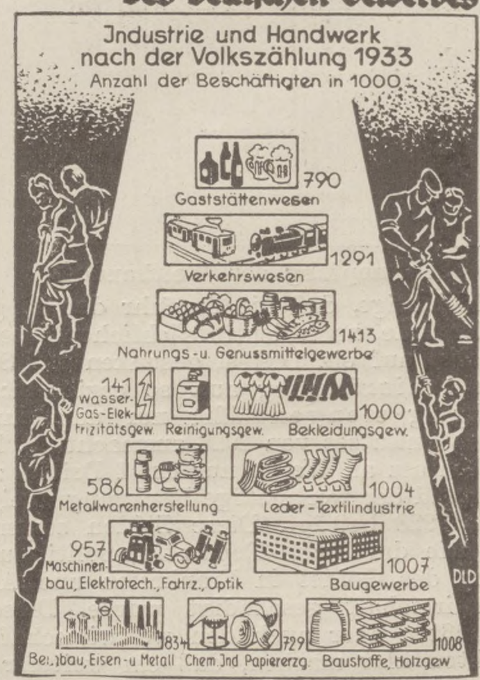
Ueber das Problem der Kreditversorgung des gewerblichen Mittelstandes im Interesse seiner stärkeren Eingliederung in die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erstattete der Präsident der Industrie- und Handelskammer Cottbus und Gauwirtschaftsberater des Gaues Kurmark, Kehrl, einen eingehenden Bericht, der auf Erfahrungen bei dem Aufbau und der Tätigkeit des Garantieverbandes Kurmark fußte und an den sich Berichte über die bisherigen Erfahrungen der Garantieverbände Berlin und des rhein-mainischen Wirtschaftsgebietes sowie der sonstigen von zahlreichen Industrie- und Handelskammern in allen Teilen des Reichs geschaffenen Krediterleichterungsmaßnahmen anschlossen. Aufgabe der Garantieverbände ist es vor allem, die durch die Vertrauenskrise und ihre Folgen entstandene Lücke in der Beschaffung von Personalkrediten auszufüllen und damit die Wirtschaft ihrer Bezirke zu fördern. Die Industrie- und Handelskammern dienen also durch Mitarbeit an den Garantieverbänden oder an anderen, geeigneten, auf das gleiche Ziel gerichteten Maßnahmen der ihnen übertragenen Aufgabe der Betreuung der bezirkseingesessenen Wirtschaft. Der Ausschuß stellte einmütig fest, daß Garantieverbände und ähnliche Gründungen nur als Notmaßnahme zu betrachten seien. Ihre Aufgabe wird erfüllt sein, sobald die Voraussetzungen für eine ordnungsmäßige Versorgung des gewerblichen Mittelstandes mit Personalkrediten durch die vorhandenen Kreditinstitute gegeben sind.

Eine ebenfalls der Lösung harrende Frage auf dem Gebiete des Realkredits wurde durch den Bericht des Herrn Dr. Arwed Koch, Jena, über das Problem der zweiten Hypothek angeschnitten. Der Berichterstatter würdigte die zahlreichen Vorschläge, die auf diesem Gebiet der Oeffentlichkeit unterbreitet sind und stellte mit Zustimmung des Ausschusses vor allem fest, daß es sich zunächst darum handele, die Grundvoraussetzungen für eine Wiederbelebung des Realkredits zu schaffen, in erster Linie also das Zinsproblem organisch zu lösen, die Steuerlast zu mildern und den in vieler Beziehung übertriebenen Schuldnerschutz vorsichtig abzubauen.

Handelskammern gegen Rundfunkreklame.

Die sächsischen Industrie- und Handelskammern haben gemeinsam eine Eingabe an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gerichtet. Sie bringen in dieser Petition Bedenken gegen die Fortführung der Rundfunkwerbung vor und bitten das Ministerium, die vorgetragenen Bedenken zu prüfen und dahin zu wirken, daß die Firmenreklame durch den Rundfunk von den betreffenden Sendern eingestellt werde. Die Handelskammern meinen, daß damit nicht nur dem begründeten Verlangen des selbständigen Einzelhandels entsprochen werden würde, sondern daß eine derartige Maßnahme auch auf die allseitige Zustimmung weitester Rundfunkhörerkreise stoßen würde, die vom Rundfunk etwas anderes erwarten als die Befassung mit Geschäftsreklame.

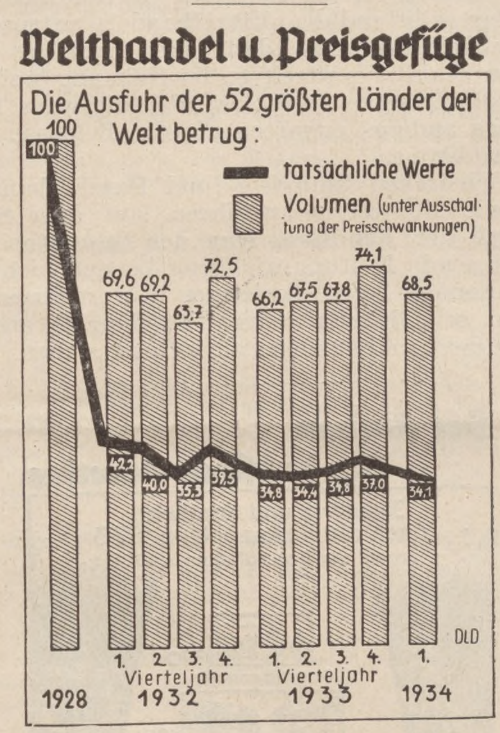
Die sächsischen Industrie- und Handelskammern stehen, wie sie weiter ausführen, auf dem Standpunkt, daß der Rundfunk eine der Gesamtheit des Volkes dienende Kultureinrichtung ist und nicht einzelnen besonders kapitalkräftigen Unternehmern ermöglichen soll, Käufer beim Einzelhandel und bei mittelständischen Betrieben an sich zu ziehen.



Die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Gewerbegruppen.

Während die Landwirtschaft für die Ernährung sorgt, ist es die Aufgabe des deutschen Gewerbes, für den übrigen Bedarf des deutschen Volkes Sorge zu tragen. In der Landwirtschaft sind etwa 10 Millionen Menschen tätig, im Gewerbe mögen es heute wieder nahezu 12 Millionen sein und dazu im Ver-

kehr etwa $2^1/_2$ Millionen. Die Zahlen der Volkszählung 1933 sind natürlich bedeutend niedriger, da in Deutschland damals ja noch über 5 Millionen Arbeitslose gezählt wurden. Damals waren im Gewerbe und Handwerk nur ungefähr 9 Millionen tätig und im Verkehr, ohne die Banken, 1,3 Millionen, im Gaststättenwesen 790 000. Das Bild zeigt, wie von diesen 9 Millionen zunächst einmal $2^1/_2$ Millionen, also etwas über ein Viertel, für die Schaffung der Rohprodukte sorgen. Ein weiteres Fünftel sorgt dann für die notwendigen Maschinen, Fahrzeuge usw., sowie für die Wohnungen und die Betriebsräume. Dann kommt diejenige Gruppe des Gewerbes, die für die Gegenstände des täglichen Bedarfs sorgt, also für Wohnungseinrichtungsgegenstände, Gas, Elektrizität, Kleidung usw. Darüber steht dann das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, das Verkehrswesen und das Gaststättenwesen. Man sieht aus dieser Zusammenstellung, wie eine Wirtschaftsgruppe von der anderen abhängig ist und alle nur in Gemeinschaftsarbeit zum Wohle des Volksganzen arbeiten können.



Schrumpfung des Welthandels.

Das Bild zeigt, daß die Ausfuhr der 52 größten Länder der Erde, nach den tatsächlichen Werten berechnet, fast auf ein Drittel gesunken ist. Schaltet man den Preisrückgang aus, so ergibt sich, daß der Rückgang mengenmäßig nur ungefähr zwei Drittel des Umsatzes von 1928 ausmacht. D. h. also, daß der Umsatz an Waren nur um 1 Drittel zurückging, während der wertmäßige Rückgang zwei Drittel gegenüber 1928 beträgt. Diese Zahlen zeigen allzu deutlich, wie durch die Reparationspolitik und die Anhäufung des Goldes in Frankreich und Amerika die Weltwirtschaft geschädigt wurde. Diese Tatsachen müßten aber auch den weltwirtschaftlichen Großmächten klar machen, daß ein weiterer Rückgang des Warenabsatzes auf dem Weltmarkte, der dadurch eintreten könnte, daß man Deutschland den Bezug von Rohstoffen immer mehr erschwert, die Wirtschaftskrise in allen Ländern erheblich verstärken müßte. Deutschland ist der drittgrößte Kunde auf dem Weltmarkte. Schränkt Deutschland seine Einkäufe ein, so müßte erneut ein Ueberangebot an Waren in der ganzen Welt zu neuen Preisstürzen und Wirtschaftsschwierigkeiten führen.

XVI. Internationaler Wirtschaftskursus in Paris.

Die Internationale Gesellschaft für kaufmännisches Bildungswesen veranstaltet in Paris in der Zeit vom 29. Juli bis 11. August 1934 einen Wirtschaftskursus für Schüler und Lehrer höherer, Handels- und technischer Schulen, für Kaufleute, Industrielle usw.

Die Bedingungen für den Kursusplan sind in der Auskunftsstelle der Handelskammer (Zimmer 4/5) einzusehen.

Amerikas Ernte.

Schlechte Ernteaussichten in Nordamerika.

Das mag zwar übertrieben sein, man muß ja auch in Amerika von der Sensationsberichterstattung einiges abziehen, — aber sicher ist doch, daß damit ein Naturereignis droht, wie es die Vereinigten Staaten seit einigen Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben. Und die Frage, die auf aller Lippen liegt, ist daher, wie sich denn dieses Ereignis wirtschaftlich und politisch auswirken werde.

Wenn man zunächst von der Wirtschaft ausgeht, so kann man zumindest feststellen, daß eine Folge schon allgemein sichtbar geworden ist, die jeder, auch der Kleinste, zu spüren bekommt: Die Getreidepreise und die Lebensmittelpreise beginnen immer stärker anzuziehen, und man kann beinahe schon von einer Teuerung sprechen, die heraufzuziehen droht. Nun ist es allerdings hiermit in Amerika anders als bei uns. Die Regierung hat der Bevölkerung so sehr eingeschärft, daß ein Steigen der Preise notwendig sei, um eine Besserung herbeizuführen, daß das noch nachwirkt; immerhin ist festzustellen, daß die Arbeiterschaft bereits unzufrieden zu werden beginnt. Die vielen anscheinend sich dauernd verschärfenden Streikdrohungen der Arbeiterschaft in den größeren Industrien sind ganz zweifellos darauf zurückzuführen, daß die Löhne vielfach nicht mehr zureichen, weil eben die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Hieraus erwächst somit für die städtische Bevölkerung der USA ein Problem, das sich noch nicht klar übersehen läßt, aber immerhin sehr deutliche Gefahren aufzeigt, um so mehr, als die Gehälter des Mittelstandes nicht in dem gleichen Umfange gestiegen sind, wie das eigentlich die Abwertung des Dollars hätte erwarten lassen.

Aber auch für die Farmerschaft ist die Lage nicht ohne Bedenken. Von dem Steigen der Getreidepreise hat nämlich der Farmer zunächst nichts; denn seine vorjährigen Vorräte befinden sich ja in den Händen der Spekulation oder des Großhandels, und wie seine künftige Ernte aussehen wird, weiß er ja noch nicht. Wenn der Ernteertrag schlecht ist oder gar ganz ausfällt, wie das besonders in den Prärieprovinzen häufig der Fall ist, dann hat er eben von guten Preisen nichts, sondern sieht seine Lage eher verschlimmert. Das dürfte aber dieses Mal infolge der Dürre in weiten Gebieten der USA der Fall sein, so daß man wahrscheinlich damit rechnen muß, daß die Notlage der amerikanischen Farmerschaft eher gestiegen, denn gebessert sein wird.

Druck von A. Schroth, Danzig.